



Extrablatt EU-Verbindungsbüro Brüssel

■ Salzburg | Europa

Landeshauptmann Haslauer, Landtagspräsidentin Pallauf und EU-Abgeordnete Schmidt unterstreichen in Brüssel wichtige EU-Prioritäten für Salzburg 2

Zentrale EU-Themen für Salzburg: Ausblick auf 2016 3

Landes-Europabüro Salzburg/Verbindungsbüro Brüssel: Michaela Petz-Michez zur Referatsleiterin bestellt 4

Open Days 2015: Landtagspräsidentin Pallauf debattiert mit Fachpublikum über EUSALP und die Mitbestimmungsmöglichkeiten der Bundesländer in Brüssel 5

Ausschuss der Regionen betont wichtige Rolle der Regionen und Gemeinden in Flüchtlings- und Integrationsfragen 6

Salzburger EU-Exkursionen nach Brüssel im 4. Quartal 2015 7

Neue Europainformationsstelle in Salzburg 8

■ Bezirke | Gemeinden

Pinzgauer EU-Gemeinderäte Bahri Trojer und Karl Portenkirchner besuchen Verbindungsbüro Brüssel 9

Öffentliches Auftragswesen: EU-Regeln werden vereinfacht 10

Wird Ihre Gemeinde Europäische Unternehmerregion 2017? 11

■ Wirtschaft | Tourismus

Umfrage zu Finanzdienstleistungen: Erfahrungen und Anregungen aus Konsumentensicht gewünscht 12

■ Land- und Forstwirtschaft

Eurobarometer: Öffentliche Meinung unterstützt EU-Agrarpolitik und Bedeutung der Landwirtschaft 13

EU-Parlament kritisiert EK-Vorstoß zur Zulassung von glyphosatresistentem Genmais 14

■ Bildung | Forschung

Neues Exzellenzsiegel soll Forschungsförderung und Regionalförderung enger verzahnen 15

■ Gesundheit | Soziales

Konsultation zur EU-Strategie zugunsten von Menschen mit Behinderungen 16

■ Kultur | Sport

Leitfaden für EU-Regionalförderungen für Kunst und Kultur erschienen 17

Europäische Kommission legt Pläne zur Reform des Urheberrechts von Online-Inhalten vor 18

■ Umwelt | Natur | Wasser

UN-Klimakonferenz beschließt verbindliche Ziele - Salzburg in Vorreiterposition 19

■ Allgemeine Themen

Neue EU-Plattform zur einfacheren Streitbeilegung bei Onlinekäufen 20

60 Jahre Mitgliedschaft Österreichs im Europarat 20

Einigung auf neue EU-Datenschutz-Grundverordnung stärkt Grundrecht auf Datenschutz 21



Landeshauptmann Haslauer, Landtagspräsidentin Pallauf und EU-Abgeordnete Schmidt unterstreichen in Brüssel wichtige EU-Prioritäten für Salzburg

2

Von 1. bis 2. Dezember 2015 waren Landeshauptmann Wilfried Haslauer und Landtagspräsidentin Brigitta Pallauf zu hochrangigen Arbeitsgesprächen in Brüssel, wo sie gemeinsam mit der Salzburger EU-Abgeordneten Claudia Schmidt mit EU-Kommissar Johannes Hahn (Nachbarschaftspolitik), EU-Kommissar Günther Oettinger (Digitale Agenda), EU-Kommissarin Corina Crețu (Regionalpolitik) sowie mit hochrangigen Experten der Europäischen Kommission über zentrale Zukunftsfragen die aktuelle Flüchtlingssituation in Salzburg, den Breitbandausbau im Land, für Salzburg wichtige Infrastrukturprojekte sowie die neue EU-Makrostrategie für den Alpenraum diskutierten.

Die Landesspitzen berieten sich mit den Vertreterinnen und Vertretern des UN-Flüchtlingshochkommissariats und mit der Generaldirektion Migration und Inneres der Europäischen Kommission sowie mit EU-Kommissar Oettinger über die aktuelle Flüchtlingssituation in Salzburg; der Breitbandausbau bil-

dete einen weiteren Schwerpunkt im ausführlichen Gespräch mit EU-Kommissar Oettinger. In den Gesprächen mit EU-Kommissar Johannes Hahn stand die Weiterentwicklung der Alpenregionen im Vordergrund, die das Thema eines hochrangigen Diskussionsabends im EU-Verbindungsbüro des Landes mit EU-Kommissar Johannes Hahn, Landeshauptmann Wilfried Haslauer, Landtagspräsidentin Brigitta Pallauf und EU-Parlamentarierin Claudia Schmidt war. Die Diskussionsleitung hatte Jörg Wojahn, Leiter der Vertretung der Europäischen Kommission in Wien. In der Diskussion wurde insbesondere auf die Weiterentwicklung des Holzsektors und auf drängende Fragen in den Bereichen Katastrophenschutz und Flüchtlingsmanagement eingegangen.

Weiterführende Informationen:

http://service.salzburg.gv.at/lkorj/Index?cmd=detail_ind&nachrid=55771



Zentrale EU-Themen für Salzburg: Ausblick auf 2016

Das *Arbeitsprogramm* der Europäischen Kommission für heuer sieht 23 Schlüsselinitiativen für ein hohes Umweltschutzniveau, hohe Sozial- und Beschäftigungsstandards, Energiesicherheit, eine gesunde, allen zugute kommende Wirtschaft und eine gemeinsame Migrationspolitik vor. Die Kommission kündigt weiters die geplante Rücknahme bzw. Änderung von 20 Gesetzgebungsvorschlägen und 40 Maßnahmen zur Überprüfung der Qualität bestehender EU-Vorschriften an. Wichtige Maßnahmen betreffen insbesondere:

- Initiativen für eine bessere Migrationssteuerung und Vorschläge zum Grenzmanagement;
- Umsetzung der Strategie für einen Digitalen Binnenmarkt;
- eine Weltraumstrategie für Europa und einen europäischen Aktionsplan im Verteidigungsbereich;
- ein Paket zur Kreislaufwirtschaft, nächste Schritte für eine nachhaltige Zukunft Europas sowie Rechtsvorschriften zur Umsetzung der Energieunion;
- eine europäische Agenda für neue Qualifikationen, einen neuen Start für erwerbstätige Eltern und eine Säule sozialer Rechte im Rahmen einer Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion;
- ein Paket zur Körperschaftsteuer und einen Aktionsplan im Bereich Mehrwertsteuer.

Von besonderer Bedeutung für Salzburg werden heuer v.a. die EU-Themen Migration, Konjunktur und Arbeitsmarkt, der Europäische Fonds für strategische Investitionen, das Handelsabkommen TTIP und die neue EU-Makrostrategie für den Alpenraum sein.

Bei der *EU-Migrationsagenda* geht es um das Einbringen der Interessen des Landes bei der Überarbeitung der Dublin-Verordnung 2016 zur Aufteilung der Asylwerberinnen und Asylwerber sowie bei weiteren Leitaktionen wie der Überarbeitung der Blue-Card-Verordnung, also um eine enge Zusammenarbeit mit regionalen, nationalen, EU-weiten Akteuren in Fragen der Bewältigung der Flüchtlingsproblematik.

Wichtig bleibt auch, sämtliche neue *Beschäftigungsinitiativen* der Europäischen Union zur Belebung von Konjunktur und Arbeitsmarkt auf Salzburg-Relevanz zu prüfen.

Wenn es um die Finanzierung von Salzburger Großvorhaben geht, ist ebenfalls die EU gefragt: Die Salzburger Landesregierung hat bislang mit den Euro-Regionen und dem Gitzentunnel zwei Projekte zur Mitfinanzierung durch den *Europäischen Fonds für strategische Investitionen* vorgeschlagen.

Dranbleiben heißt es auch beim geplanten *Transatlantischen Freihandelsabkommen TTIP*. Der Salzburger Landtag hat die Bundesregierung bereits Mitte 2015 in einem einstimmigen Beschluss aufgefordert, sich unter anderem für mehr Transparenz, die Sicherung der Standards im Arbeits-, Produktsicherheits-, Daten-, Verbraucher-, Umwelt- und Tierschutzrecht sowie die Nichtaufnahme von Leistungen der Daseinsvorsorge und ISDS-Regelungen in das TTIP einzusetzen. Sollte dies nicht geschehen, lehnt der Salzburger Landtag TTIP ab. Die weiteren Debatten werden vom Land aufmerksam beobachtet und mitverfolgt.

Auch 2016 auf der Agenda bleibt *EUSALP*, die gemeinsame EU-Makrostrategie für den Alpenraum. Die EU-Alpenstrategie bietet die Möglichkeit, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in den Alpenstaaten zu verstärken. Für Salzburg ist hierbei wesentlich, dass mit der EU-Alpenstrategie an bestehende, gut funktionierende Strukturen angeknüpft wird. Dabei soll kein Halt an politischen Grenzen gemacht werden, zentral für Salzburg ist, dass miteinander über die politischen Grenzen der einzelnen Regionen hinaus an gemeinsamen Themen wie Energiepolitik, Tourismus, Kultur sowie einem gemeinsamen Management von Naturkatastrophen gearbeitet wird.

Weiterführende Informationen:

http://service.salzburg.gv.at/lkorrrj/Index?cmd=detail_ind&nachrid=55884

Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission für 2016:

http://ec.europa.eu/priorities/work-programme/index_de.htm

Landes-Europabüro Salzburg/Verbindungsbüro Brüssel: Michaela Petz-Michez zur Referatsleiterin bestellt

4

Am 9. Dezember 2015 erhielt Michaela Petz-Michez von Landesrat Josef Schwaiger das offizielle Bestelldekret zur Referatsleiterin des Landes-Europabüros überreicht. Michaela Petz-Michez, die in den vergangenen Jahren bereits als interimistische Leiterin des Landes-Europabüros Salzburg und zugleich Leiterin des Verbindungsbüros Brüssel die kommunikative Schnittstelle zwischen den EU-Institutionen und der Landesregierung kontinuierlich professionell weiter ausgebaut hat, ist damit dauerhaft mit der Leitung des Referats Landes-Europabüro Salzburg/Verbindungsbüro Brüssel betraut.

Michaela Petz-Michez wurde 1973 in Zell am See geboren, studierte Linguistik, Internationale Beziehungen und European Union Studies mit Schwerpunkt Europarecht in Brüssel sowie Business Administration in Public Management in Salzburg. Sie war in der Europäischen Kommission, im EU-Beratungsbüro in Brüs-

sel sowie als Leiterin des Europabüros des Österreichischen Gemeindebundes in Brüssel tätig. Seit 2004 ist sie Leiterin des Verbindungsbüros des Landes Salzburg zur EU in Brüssel und seit 2010 interimistische Fachabteilungsleiterin des Landes-Europabüros in Salzburg. Weiters ist sie Referentin für Europarecht an der Salzburger Verwaltungsakademie. Unter der Leitung von Michaela Petz-Michez wurde Salzburgs EU-Verbindungsbüro in Brüssel 2015 für den *Europa-Staatspreis* nominiert.

Weiterführende Informationen:

http://service.salzburg.gv.at/lkorj/Index?cmd=detail_ind&nachrid=55801

und

http://service.salzburg.gv.at/lkorj/Index?cmd=detail_ind&nachrid=55542

Open Days 2015: Landtagspräsidentin Pallauf debattiert mit Fachpublikum über EUSALP und die Mitbestimmungsmöglichkeiten der Bundesländer in Brüssel

Die neue EU-Makrostrategie für den Alpenraum EUSALP war Thema eines Workshops, den das Land Salzburg gemeinsam mit 12 Partnerregionen im Rahmen der „Open Days 2015“ am 14. Oktober 2015 veranstaltete. Landtagspräsidentin Brigitta Pallauf war für den Workshop nach Brüssel gereist und brachte die Position des Landes Salzburg zur neuen EU-Makrostrategie für den Alpenraum ein.

Zu dem Workshop kamen mehr als 100 Stakeholder und Entscheidungsträgerinnen und -träger. Neben Landtagspräsidentin Brigitta Pallauf saßen Kärntens Landeshauptmann Peter Kaiser, Tirols Landtagspräsident Herwig van Staa sowie eine Reihe weiterer regionaler Spitzenpolitikerinnen und -politiker aus dem Alpenraum auf dem Podium.

Bei einer Veranstaltung der niederländischen Regionen am selben Tag präsentierte Landtagspräsidentin Pallauf zudem die Salzburger beziehungsweise österreichischen Einflussmöglichkeiten auf die europäische Gesetzgebung als europaweites Best-Practice-Beispiel: Bei Angelegenheiten, in denen die Gesetzgebung Landessache ist, können unsere Bundesländer mit einer einheitlichen Stellungnahme eine Länderposition an das Bundeskanzleramt übermitteln, von der

der Bund bei Verhandlungen und Abstimmungen in der Europäischen Union nur aus zwingenden integrations- und außenpolitischen Gründen abweichen kann.

Gleichzeitig zu den „Open Days“ fand die 114. Plenartagung des Ausschusses der Regionen, an der Landtagspräsidentin Pallauf für das Land Salzburg teilnahm, statt. Eines der Hauptthemen der Plenartagung war die Flüchtlingssituation. Dazu nahm die Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik Federica Mogherini Stellung.

Ebenso von Bedeutung für Salzburg waren die Ausführungen von EU-Kommissar für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung Phil Hogan zur Vereinfachung der Gemeinsamen Agrarpolitik. Schließlich sprachen der EU-Kommissar für die Digitale Agenda Günther Oettinger sowie Miguel Arias Cañete, EU-Kommissar für Klimaschutz und Energie, über die regionalen Herausforderungen und deren Lösungen zu den Themen Digitale Agenda und Energieunion.

Weiterführende Informationen:

http://service.salzburg.gv.at/lkorj/Index?cmd=detail_ind&nachrid=55489



Ausschuss der Regionen betont wichtige Rolle der Regionen und Gemeinden in Flüchtlings- und Integrationsfragen

6

Im Zuge der AdR-Plenartagung von 3. bis 4. Dezember 2015, bei der das Land Salzburg vom AdR-Beauftragten des Landes und Landeshauptmann aD Franz Schausberger vertreten wurde, befürworteten die Vertreterinnen und Vertreter der regionalen und lokalen Ebenen in den 28 EU-Mitgliedstaaten die Vorschläge der Europäischen Kommission für ein gemeinsames System zur Umsiedlung von Flüchtlingen. Zugleich forderten die Regionalvertreterinnen und -vertreter, dass die entscheidende Rolle der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften in Europa bei der Bewältigung der kurz- und langfristigen Herausforderungen infolge des massiven Zustroms von Flüchtlingen und Migranten in der Politik der EU stärkere Berücksichtigung finden müsse. Das AdR-Plenum sprach sich außerdem für eine Stärkung der gemeinsamen Grenzkontrollen an den EU-Außengrenzen aus.

Weiterführende Informationen:

<http://cor.europa.eu/de/news/Pages/migration-agenda.aspx>

Am 25. November 2015 hatte der Ausschuss der Regionen zuvor eine neue Plattform zum Thema Migration eingerichtet, mit der sich lokale und regionale Behörden, Ämter und Interessenträgerinnen und -träger über aktuelle Entwicklungen rund um das Thema Migration und Integration aus regionaler und lokaler Sicht austauschen können. Die neue Website enthält Informationen und Anleitungen zu verschiedenen Finanzierungsmöglichkeiten, insbesondere für die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften, und erleichtert den Austausch von bewährten Verfahren zwischen Städten und Regionen. Außerdem informieren politische Entscheidungsträgerinnen und -träger aus einigen der am stärksten betroffenen Regionen in Video-Interviews über ihre Erfahrungen. Die Erfahrungsberichte können über ein Anklicken der Landkarte auf der Hauptseite der Plattform aufgerufen werden.

Direktlink zur Plattform (nur auf Englisch verfügbar):

<http://cor.europa.eu/en/news/Pages/migration-europe-regions.aspx>

Im Zuge des „Enlargement Day“ der regionalen und lokalen Gebietskörperschaften am 16. November 2015 im Ausschuss der Regionen (AdR) wurde das Land Salzburg von Franz Schausberger, Vorsitzender der Arbeitsgruppe Westbalkan im AdR, vertreten. Der „Enlargement Day“ fand zum ersten Mal in Brüssel statt und brachte regionale und lokale Politikerinnen und Politiker aus sieben Ländern, die sich um eine EU-Mitgliedschaft bemühen, zusammen: Albanien, Bosnien und Herzegowina, ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Kosovo, Montenegro, Serbien und Türkei. Die Diskussion berührte verschiedene Themen, darunter die Entwicklungsstrategien der lokalen und regionalen Regierungen und die Befugnisse und Beschränkungen der subnationalen Regierungen.

Franz Schausberger unterstrich in der Debatte, dass eine kürzlich durchgeführte Studie zeige, dass EU-Staaten mit einem hohen Grad an politischer Dezentralisierung besser in der Lage seien, die Unterstützungen der EU zu nützen. Er betonte, dass es vor allem für die Erweiterungsländer mit muslimischen Mehrheiten oder starken muslimischen Minderheiten, wie etwa Bosnien-Herzegowina, Albanien oder Mazedonien, von großer Wichtigkeit sei, eine europäische Perspektive zu bekommen. In diesen Ländern gebe es hohe Jugendarbeitslosenraten, und damit verbunden die Gefahr von Radikalisierungen durch Einflüsse aus dem Nahen Osten. Um für den Terrorismus nicht auch in diesen Ländern eine Basis zu schaffen, sei es daher notwendig, vor allem der Jugend Zukunftschancen im gemeinsamen Europa zu bieten.

Weiterführende Informationen:

http://service.salzburg.gv.at/lkorrj/Index?cmd=detail_ind&nachrid=55704

Salzburger EU-Exkursionen nach Brüssel im 4. Quartal 2015

Fachexkursion der Paris Lodron Universität Salzburg



Von 9. bis 11. Dezember 2015 ist eine hochrangige wissenschaftliche Delegation der Paris Lodron Universität Salzburg unter der Leitung von Universitätsrektor Univ.-Prof. Dr. Heinrich Schmidinger, Forschungsvizektorin Univ.-Prof. Dr. Fatima Ferreira-Briza und Mag. Andrea Spannring, Verantwortliche in der Förderberatung für EU-Projekte im Forschungsservice der Universität Salzburg, gemeinsam mit 10 führenden Salzburger Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern unterschiedlicher Fachrichtungen zu Fachgesprächen in Sachen Forschungsförderung nach Brüssel gereist.

Das EU-Fachprogramm wurde vom Verbindungsbüro Brüssel in Zusammenarbeit mit der Salzburger EU-Forschungsärztin Gordana Popovic, mit dem Büro der Salzburger EU-Abgeordneten Claudia Schmidt und mit Forschungs-Attachée Marlene Schoder-Kienbeck in der Ständigen Vertretung Österreichs bei der EU erstellt. In der Ständigen Vertretung wurde die Gruppe von Botschafter Walter Grahammer begrüßt und es gab einen lebhaften Informationsaustausch zwischen den Forscherinnen und Forschern und den forschungspolitischen Expertinnen und Experten in Brüssel.

In der Europäischen Kommission und in der Agentur des EU-Forschungsrates wurden Wege und Möglichkeiten für die Beantragung von EU-Forschungsgeldern in der neuen Förderperiode betrachtet und wichtige neue Kontakte geknüpft. Im Europäischen Parlament diskutierten die Forscherinnen und Forscher ausgiebig mit MdEP Paul Rübiger, Mitglied im forschungspo-

litischen Ausschuss des Europäischen Parlaments. Schließlich besuchte die Universitätsdelegation auch den Rat der Europäischen Union und es gab einen Austausch mit dem Verbindungsbüro der Bayerischen Forschungsgesellschaft in Brüssel.

EU-Studienfahrt der Studierenden des ICT&S Center der Universität Salzburg

Von 16. bis 19. November 2015 haben 25 Studentinnen und Studenten des Austauschprogramms der Universität Salzburg mit der Fudan Universität in Shanghai die EU-Hauptstadt Brüssel und ihre Institutionen besucht. Unter der Leitung von Stefan Huber absolvierten die Studierenden der Kommunikationswissenschaften ein intensives Programm mit Besuchen bei der Salzburger EU-Abgeordneten Claudia Schmidt im Europäischen Parlament, im Rat der Europäischen Union, in der Ständigen Vertretung Österreichs bei der EU und im Verbindungsbüro des Landes Salzburg.

Im Verbindungsbüro diskutierten die angehenden Kommunikationswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler mit Stephanie Pack, EU-Korrespondentin der Salzburger Nachrichten. Michaela Petz-Michez, Referatsleiterin Landes-Europabüro Salzburg und Leiterin des Verbindungsbüros, informierte über die Tätigkeiten und Aufgaben des Verbindungsbüros in Brüssel. Das EU-Fachprogramm wurde vom Verbindungsbüro des Landes Salzburg zur EU zusammengestellt.

EU-Exkursionen der HTL Hallein und der HTL Kuchl

Unter der Leitung der Professoren Josef Essl und Herbert Trimmel haben 26 Schüler der HTL Kuchl von 20. bis 23. Oktober 2015 die EU-Hauptstadt und ihre Institutionen besucht. Stationen waren ein Gespräch mit der Salzburger EU-Abgeordneten Claudia Schmidt im Europäischen Parlament, ein Informationsbesuch im Rat der Europäischen Union und ein Besuch im Verbindungsbüro des Landes Salzburg zur EU in Brüssel.

Im Verbindungsbüro führten die Schüler ein angelegtes Fachgespräch mit Patrizio Antonicoli, Generalsekretär des Dachverbands der Europäischen Forstindustrie CEI-Bois. Mit Maren Kuschnerus, Expertin für EU-Koordination im Verbindungsbüro Brüssel, disku-

tierte die Gruppe über Aufgaben und Tätigkeiten des Verbindungsbüros. Das EU-Fachprogramm wurde vom Verbindungsbüro erstellt.

Von 28. September bis 1. Oktober 2015 haben 17 Schülerinnen und Schüler der HTL Hallein den Europäischen Gerichtshof, den Rat der Europäischen Union, den Ausschuss der Regionen, das Europäische Parlament, die Europäische Kommission und die Ständige Vertretung Österreichs bei der EU besucht.



Im Verbindungsbüro des Landes Salzburg zur EU in Brüssel diskutierte die Gruppe angeregt mit der Salzburgerin Eva Filzmoser über ihre Tätigkeit für Carbon Watch und mit Maximilian Flesch, Experte für EU-Recht im Verbindungsbüro Brüssel, über die Tätigkeiten und Aufgaben des Salzburger Verbindungsbüros in Brüssel. Das EU-Fachprogramm wurde vom Verbindungsbüro Brüssel zusammengestellt.



Neue Europainformationsstelle in Salzburg

Was unternimmt die EU in der Flüchtlingsfrage? Was bedeutet der Euro-Rettungsschirm für die Steuerzahler und was sind Vor- oder Nachteile des TTIP-Abkommens? Bei solchen Fragen wird Europa konkret. Bürgerinnen und Bürger finden nun einen direkten Ansprechpartner in der Landeshauptstadt.

Mit Beginn des Jahres hat die neue Europainformationsstelle Europe Direct Salzburg und Umgebung in der Michael-Pacher-Straße 36 in Salzburg ihre Tätigkeit aufgenommen. Das von Gritlind Kettl geleitete Europe Direct Informationszentrum Salzburg und Umgebung ist Teil des Informationsnetzwerkes der Europäischen Kommission für alle EU-Bürgerinnen und

-Bürger. Es gibt mittlerweile etwa 500 solcher Europe Direct Informationsstellen in den EU-Mitgliedsländern, davon zwölf in Österreich. Seit Juni 2013 ist die Europe Direct Informationsstelle Südliches Salzburg am Bahnhof Bischofshofen aktiv.

Weiterführende Informationen:

http://service.salzburg.gv.at/lkorj/Index?cmd=detail_ind&nachrid=55914

und

<http://www.salzburg.gv.at/themen/europa/europedirect.htm>

Pinzgauer EU-Gemeinderäte Bahri Trojer und Karl Portenkirchner besuchen Verbindungsbüro Brüssel

Am 20. November 2015 besuchten die Pinzgauer Gemeinderäte Bahri Trojer aus Hollersbach und Karl Portenkirchner aus Maishofen das Verbindungsbüro des Landes Salzburg zur EU in Brüssel, wo sie sich mit Michaela Petz-Michez, Referatsleiterin Landes-Europabüro und Leiterin des Verbindungsbüros, und ihrem Team über aktuelle Fragen der Gemeinden zur EU austauschten und sich über die Tätigkeiten des Landes Salzburg in Brüssel informierten. Bahri Trojer und Karl Portenkirchner waren von 20. bis 22. November 2015 gemeinsam mit 20 EU-Gemeinderäten und EU-Gemeinderätinnen in Brüssel zu einem Arbeitsbesuch in den EU-Institutionen unterwegs. Derzeit gibt es in Österreich über 700 EU-Gemeinderäte und Gemeinderätinnen. Diese wurden auf Initiative des Außenministeriums und der Europäischen Kommission bestellt und sollen den Bürgerinnen und Bürgern in den Gemeinden die Europäische Union näher bringen.

Für die Pinzgauer Gemeinderäte waren in den Debatten mit den politischen Entscheidungsträgerinnen und -trägern in Brüssel vor allem Themen wie

Asyl/Migration, EU-Außenpolitik und TTIP wichtig. Genau dazu konnten sie vor Ort mit Ulrich Weigl (Stv. Referatsleiter GD Handel), Fabian Lutz (Generaldirektion Migration und Inneres), David Müller (Kabinett EU-Kommissar Johannes Hahn) sowie mit EU-Abgeordneten Othmar Karas, Elisabeth Köstinger, Ulrike Lunacek diskutieren. Auf dem EU-Fachprogramm für die EU-Gemeinderäte standen weiters ein Besuch in der Europäischen Kommission, wo die EU-Gemeinderätinnen und EU-Gemeinderäte mit Experten und Expertinnen diskutierten. Weiters informierten sich die Gemeinderäte im Gespräch mit Botschafter Walter Grahammer über die Arbeit der Ständigen Vertretung Österreichs bei der EU.

Nach drei intensiven Tagen in Brüssel zogen Bahri Trojer und Karl Portenkirchner im Verbindungsbüro des Landes Salzburg zur EU Bilanz: Sie bewerteten Europa als ein Friedensprojekt, zu dem es keine Alternative gibt - und - die EU, das sind wir alle - Europa beginnt in der Gemeinde.



Öffentliches Auftragswesen: EU-Regeln werden vereinfacht

10

Die EU-Kommission hat am 5. Jänner 2016 angekündigt, dass das öffentliche Auftragswesen in der EU weiter vereinfacht werden soll: Mit der Einführung einer einheitlichen Eigenerklärung („European Single Procurement Document“) sollen Unternehmen und Organisationen zukünftig nicht mehr alle rechtlichen und finanziellen Nachweise ihrer Eignung bei Abgabe eines Angebots einreichen müssen. Vielmehr wird eine EU-weit standardisierte Eigenerklärung ausreichen, um an einer Ausschreibung teilzunehmen. Nur das den Zuschlag erhaltende Unternehmen muss anschließend Dokumente zum Nachweis einreichen. Die entsprechende EU-Reform des Auftragswesens wird voraussichtlich im April 2016 in Kraft treten.

Bislang wurde die Vergabeprozedur in den EU-Mitgliedstaaten sehr unterschiedlich gehandhabt, zu meist mussten anbietende Unternehmen die rechtlichen und finanziellen Nachweise ihrer Eignung bei Abgabe eines Angebots vorlegen. Zukünftig können Unternehmen und Organisationen nun durch die Abgabe des ESPD elektronisch selbst erklären, dass sie die Kriterien erfüllen und über die nötigen Kapazitäten verfügen, und dass sie diese Nachweise im Falle einer

Aufforderung jederzeit und unverzüglich zur Verfügung stellen können.

Von der neuen Regelung werden vor allem kleine und mittlere Unternehmen profitieren. Die Verringerung des Verwaltungsaufwands durch die einheitliche Eigenerklärung ESPD ist ein weiterer Schritt in den Reformbemühungen um eine Vereinfachung der EU-Regeln für eine effizientere und rechtssichere Vergabe von öffentlichen Aufträgen, die die Europäische Kommission schon seit längerem verfolgt (siehe dazu auch *Extrablatt Ausgabe Nr. 87, 2014, S. 6*).

Um die Verwendung von ESPD zu verbreiten, befindet sich momentan ein kostenloses, web-basiertes System für Mitgliedstaaten und Unternehmen in der Entwicklung. Die neue Regelung soll dann bis spätestens 2018 flächendeckend in allen Mitgliedstaaten elektronisch Anwendung finden.

Weiterführende Informationen:

http://ec.europa.eu/isa/actions/02-interoperability-architecture/2-16action_en.htm

Wird Ihre Gemeinde Europäische Unternehmerregion 2017?

Im Rahmen der vom Ausschuss der Regionen (AdR) verliehenen Auszeichnung „Europäische Unternehmerregion“ werden EU-Regionen und Städte ermittelt und ausgezeichnet, die ungeachtet ihrer Größe, Wirtschaftskraft und Kompetenzen in der Unternehmenspolitik eine herausragende Weitsicht unter Beweis gestellt haben. Den Gebieten mit der überzeugendsten, weitsichtigsten und meistversprechenden Strategie wird für ein bestimmtes Jahr die Auszeichnung „Europäische Unternehmerregion“ (kurz „EER“, von „European Entrepreneurial Region“) verliehen.

Mit dieser Initiative werden zwei Ziele verfolgt, und zwar soll:

- zur partnerschaftlichen Umsetzung des Small Business Act (SBA) beigetragen werden;
- gezeigt werden, wie Mittel der EU und sonstige öffentliche Finanzierungen optimal für die Schaffung einer regionalen Unternehmenskultur eingesetzt werden können.

Mithilfe der Auszeichnung zur Europäischen Unternehmerregion können lokale und regionale Akteure zeigen, wie wichtig kleine und mittelgroße Betriebe (KMU) und Unternehmerinnen und Unternehmer für die Schaffung einer robusten Wirtschaft vor Ort sind.

Interessierte lokale und regionale Gebietskörperschaften können sich bis 18. März 2016 um die Auszeichnung als Unternehmerregion 2017 bewerben.

Direktlink zu den Bewerbungsunterlagen:

<http://cor.europa.eu/de/takepart/eer/Pages/5cd494d5-8f79-4b23-b9ba-77dc8ab8b339.aspx>

Weiterführende Informationen:

<http://cor.europa.eu/en/takepart/eer/Documents/eer-practical-info/DE.pdf>

und

<http://cor.europa.eu/de/takepart/eer/Pages/eer.aspx>

Umfrage zu Finanzdienstleistungen: Erfahrungen und Anregungen aus Konsumentensicht gewünscht

12

Am 10. Dezember 2015 hat die Europäische Kommission eine Konsultation gestartet, bei der Finanzdienstleistungen aus Konsumentensicht betrachtet werden. Gegenstand der Konsultation ist der europaweite Privatkundenmarkt für Finanzprodukte, dazu gehören Versicherungen, Hypothekarkredite, Kredite, Zahlungen und Bankkonten. Die Europäische Kommission möchte auch in diesem Bereich Wettbewerb und Transparenz fördern und die Auswahl für Verbraucherinnen und Verbraucher verbessern.

Derzeit stoßen Kundinnen und Kunden, die derartige Dienstleistungen grenzübergreifend in Anspruch nehmen wollen, oft auf ungerechtfertigte Hindernisse. Die Kommission möchte mithilfe der aktuellen Umfrage konkrete Hindernisse ermitteln und ist an Anregungen interessiert, wie diese Hindernisse am besten beseitigt werden können.

Das Angebot grenzüberschreitender Finanzdienstleistungen in der EU soll künftig erleichtert werden, der Bestandsschutz für Konsumentinnen und Konsumenten bei einem Umzug in einen anderen EU-Mitgliedstaat soll verbessert werden, denn nach wie vor gibt es

Probleme bei der Übertragung von Finanzdienstleistungen bei einem Umzug in einen anderen Mitgliedstaat.

Die Frage nach den Auswirkungen der Digitalisierung ist ein weiterer Aspekt der Umfrage, dieser Bereich betrifft das Online-Banking ebenso wie beispielsweise Preisvergleichswebsites.

Die eingereichten Beiträge will die Europäische Kommission bei der Erstellung ihres Vorschlags für einen Aktionsplan für Privatkunden am europäischen Finanzdienstleistungsmarkt berücksichtigen, den sie für 2016 angekündigt hat.

Die Einreichfrist endet am **18. März 2016**

Direktlink zur Konsultation [hier](#).

Weiterführende Informationen:

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-15-6286_de.htm

Eurobarometer: Öffentliche Meinung unterstützt EU-Agrarpolitik und Bedeutung der Landwirtschaft

Die im Jänner 2016 vorgestellten Ergebnisse einer aktuellen Eurobarometer-Umfrage vom Oktober 2015 zeigen eine breite Unterstützung der Europäerinnen und Europäer für die Landwirtschaft in der EU und für die EU-Agrarpolitik. Danach betrachten neun von zehn Befragten Landwirtschaft und ländliche Gebiete als „für die Zukunft wichtig“. Die Umfrageergebnisse kurz gefasst:

- Eine Mehrheit der Europäerinnen und Europäer schätzt die Prioritäten der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) als wichtig ein, wobei die Investitionen in ländliche Gebiete zur Ankurbelung von Wirtschaftswachstum und zur Schaffung von Arbeitsplätzen sowie die Stärkung der Rolle der Bäuerinnen und Bauern in der Nahrungsmittelkette mit 47 % bzw. 45 % am häufigsten als „sehr wichtig“ eingestuft wurden.
- Eine große Mehrheit der Befragten ist zudem dafür, dass die EU ihre Zahlungen an Bäuerinnen und Bauern für die Anwendung landwirtschaftlicher Verfahren mit einem Nutzen für das Klima und die Umwelt fortsetzt (87% „dafür“, nur 6% „dagegen“).
- Eine Mehrheit der Befragten spricht sich für eine zukünftige Erhöhung der Unterstützung der EU für landwirtschaftliche Betriebe aus.

- Die Praxis, dass ländliche Betriebe für die Anwendung umweltfreundlicher landwirtschaftlicher Verfahren Zuschusszahlungen von der EU erhalten, stieß in der Umfrage auf breite Zustimmung.
- Die Bedeutung der Wälder für den Kampf gegen den Klimawandel wurde von den Befragten allgemein anerkannt.

Die Umfrage wurde im Auftrag der Generaldirektion Landwirtschaft und ländliche Entwicklung der Europäischen Kommission durchgeführt. Im Rahmen der statistischen Erhebung wurden EU-weit 27.822 Personen befragt.

Weiterführende Informationen:

<http://ec.europa.eu/COMMFrontOffice/PublicOpinion/index.cfm/Survey/getSurveyDetail/instruments/SPECIAL/surveyKy/2087>

Umfrageergebnisse für Österreich:

<http://ec.europa.eu/COMMFrontOffice/PublicOpinion/index.cfm/ResultDoc/download/DocumentKy/69728>

EU-Parlament kritisiert EK-Vorstoß zur Zulassung von glyphosatresistentem Genmais

14

In der Plenartagung am 16. Dezember 2015 verabschiedeten die EU-Abgeordneten in Strassburg eine [Entschließung](#), in der sie die EU-Kommission auffordern, die Zulassung von gentechnisch veränderten glyphosattoleranten Mais auszusetzen. Grund für die Kritik der EU-Mandatarinnen und -Mandatare an der Entscheidung der Europäischen Kommission ist eine Information der Weltgesundheitsorganisation (WHO), derzufolge das Unkrautvernichtungsmittel Glyphosat als wahrscheinlich krebserzeugend eingestuft wird. In seiner Entschließung drängt das Europäische Parlament darauf, dass die EU-Kommission alle Zulassungen für GVO-Erzeugnisse aussetzt, bis das Zulassungsverfahren zuverlässiger gestaltet wird.

Zuvor hatte die EU-Kommission am 4. Dezember 2015 die Zulassung der genetisch veränderten Mais-sorten NK603xT25 und MON87427 in Lebens- und Futtermitteln bekanntgegeben. Sie beruft sich dabei auf eine Entscheidung der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) vom 12. November 2015, die der Einschätzung der WHO vom März 2015 widersprach.

Bereits im Oktober 2015 hatte das EU-Parlament einen Gesetzesvorschlag abgelehnt, der es einzelnen EU-Mitgliedstaaten erlaubt hätte, in ihrem Hoheitsgebiet

den Verkauf und die Verwendung genetisch veränderter Lebens- und Futtermittel – die von der EU genehmigt sind – zu verbieten oder einzuschränken. Die EU-Abgeordneten befürchten, dass eine unterschiedliche Handhabung von GVO-Regelungen in den EU-Mitgliedstaaten am EU-Binnenmarkt nicht mit dem freien Warenverkehr vereinbar wäre und eine Wiedereinführung von Kontrollen im grenzüberschreitenden Warenverkehr mit sich brächte. Das Europäische Parlament hatte die EU-Kommission daher im Oktober 2015 aufgefordert, einen neuen Gesetzesvorschlag zur Regelung des Einsatzes von GVO in den EU-Mitgliedstaaten vorzulegen.

Weiterführende Informationen:

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/newsroom/20151210IPR06853/Parlament-lehnt-Genmais-Zulassung-und-Liste-invasiver-Arten-ab>

und

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/newsroom/20151022IPR98805/GVO-Parlament-lehnt-Entscheidungsfreiheit-bei-nationalen-Importverboten-ab>

Neues Exzellenzsiegel soll Forschungsförderung und Regionalförderung enger verzahnen

Die für Regionalpolitik zuständige EU-Kommissarin Corina Crețu und der für Forschung, Wissenschaft und Innovation verantwortliche EU-Kommissar Carlos Moedas stellten im Rahmen der OPEN DAYS - der Europäischen Woche der Regionen und Städte von 12. bis 15. Oktober 2015 - eine neue Initiative zur Verbesserung der Synergien zwischen den EU-Ausgaben für Regionalpolitik und für Forschung vor, mit der die bestmögliche Verwendung von öffentlichen Mitteln sichergestellt werden soll.

Das neue „*Exzellenzsiegel*“ („Seal of Excellence“) soll im Rahmen des EU-Forschungs- und Innovationsprogramms *Horizont 2020* eingereichten vielversprechenden Projektvorschlägen zuerkannt werden, die aus budgetären Gründen nicht gefördert werden können, und als Urkunde, die von EU-Regionalkommissarin Corina Crețu und EU-Forschungskommissar Carlos Moedas gezeichnet ist, verliehen werden.

Betrieben und Einrichtungen, die mit dem Exzellenzsiegel ausgezeichnet werden, soll der Zugang zu

anderen EU-Fonds, insbesondere den *europäischen Struktur- und Investitionsfonds* (ESI-Fonds) erleichtert werden.

In der Pilotphase wird das „Exzellenzsiegel“ zunächst an Vorschläge verliehen, die von kleinen und mittelgroßen Betrieben (KMU) im Rahmen des KMU-Instruments des EU-Forschungsförderungsprogramms *Horizont 2020* eingereicht wurden. Die Maßnahme könnte später auf weitere Bereiche von *Horizont 2020* ausgeweitet werden.

Weiterführende Informationen:

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-15-5801_de.htm

und

<http://ec.europa.eu/research/regions/index.cfm?pg=soe> (nur auf Englisch verfügbar)

Konsultation zur EU-Strategie zugunsten von Menschen mit Behinderungen

Die Europäische Kommission lädt Behörden und Ämter, Wissenschaft, Wirtschaft, Interessenvertretungen und Verbände sowie alle interessierten Bürgerinnen und Bürger ein, an einer Online-Konsultation zur Überarbeitung der Europäischen Strategie zugunsten von Menschen mit Behinderungen teilzunehmen.

16

In der EU gibt es ungefähr 80 Millionen Menschen, die mit einer Behinderung leben. Sie sehen sich oft mit Barrieren konfrontiert, die ihnen die volle, gleichberechtigte Teilhabe an allen Aspekten des Lebens verwehren. Um diese Barrieren abzubauen und Menschen mit Behinderungen das Leben zu erleichtern, hat sich die EU dem Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen angeschlossen.

Auf EU-Ebene wird das UN-Übereinkommen durch die Europäische Strategie zugunsten von Menschen mit Behinderungen 2010-2020 umgesetzt. Diese Strategie umfasst acht Handlungsschwerpunkte auf EU-Ebene:

Zugänglichkeit, Teilhabe, Gleichstellung, Beschäftigung, allgemeine und berufliche Bildung, sozialen Schutz, Gesundheit und Maßnahmen im Außenbereich.

Die Ergebnisse der Konsultation sollen in die Bewertung der Fortschritte im Rahmen der Europäischen Strategie zugunsten von Menschen mit Behinderungen 2010-2020 einfließen, die die Europäische Kommission derzeit vornimmt. Ziel ist es, Regelungslücken auf EU-Ebene zu beheben, sodass Menschen mit Behinderungen umfassend am gesellschaftlichen Leben teilhaben können.

Die Einreichfrist endet am **18. März 2016**.

Direktlink zur Konsultation:

<http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=699&langId=de&consultId=19&visib=0&furtherConsult=yes>

Leitfaden für EU-Regionalförderungen für Kunst und Kultur erschienen

„Auf einen Blick. EU-Regionalförderungen für Kunst und Kultur“ lautet der Titel einer neuen Publikation des Bundeskanzleramts, in der die Fördermöglichkeiten für Kunst- und Kulturprojekte in den EU-Strukturfonds und im Leader in der Laufzeit 2014-2020 erläutert werden.

Neben einem allgemeinen Überblick über die Regionalpolitik der Europäischen Union werden die fünfzehn EU-Förderprogramme einzeln vorgestellt und mit Projektbeispielen veranschaulicht. Weiters sind relevante Kontaktdaten und ein Glossar enthalten. Der Ratgeber wurde von der österreichischen *kulturdokumentation* im Auftrag der Abteilung für europäische und internationale Kulturpolitik des Bundeskanzleramtes erstellt.

Die Regionalpolitik ist eine der wichtigsten Aufgaben der Europäischen Union. Fast ein Drittel des gesamten Haushalts fließt in Maßnahmen zum Ausgleich wirtschaftlicher und sozialer Unterschiede und in die Unterstützung weniger entwickelter Regionen. Diese Regionalförderungen sollen das Wirtschaftswachstum, die Lebensqualität und den Zusammenhalt der EU-Mitgliedstaaten fördern. Für die Förderperiode 2014 bis 2020 stehen EU-weit 352 Mrd. EUR für die Regionalförderung zur Verfügung, davon sind 52 Mrd. EUR für Maßnahmen in Österreich reserviert.

Nachdem das damalige Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur die österreichische *kulturdokumentation* 2011 mit einer Studie beauftragt hatte,

um das Volumen von Kunst, Kultur und Kreativwirtschaft im Rahmen der EU-Regionalförderprogramme in Österreich sichtbar zu machen, wurde mit der Studie „Der Kreativ-Motor für regionale Entwicklung. Kunst- und Kulturprojekte und die EU-Strukturförderung in Österreich“ ein überraschend großes Potenzial von Regionalförderungen für Kulturprojekte belegt. Zwischen 2007 und 2010, also bereits zur Halbzeit der Förderperiode 2007 bis 2013, waren in den österreichischen Regionalförderprogrammen mehr als 500 Projekte mit Kunst- oder Kulturbezug mit insgesamt 139 Mio. EUR Gesamtprojektbudget genehmigt worden. Mit 79 Mio. EUR kam mehr als die Hälfte der Fördergelder aus den Europäischen Strukturfonds EFRE, ESF und ELER.

Ziel des nun vorliegenden Kultur-Ratgebers 2014-2020 ist es, genau diese Entwicklung auch in der aktuellen Förderperiode zu verstärken und den Kunst- und Kulturbereich dabei zu unterstützen, Mittel aus der EU-Regionalförderung zu beantragen.

Weiterführende Informationen:

<http://www.creativeeurope.at/eu-kulturpolitik/news/ratgeber-auf-einen-blick-eu-regionalfoerderungen-fuer-kunst-und-kultur.html>

und

<http://www.kulturdokumentation.org/>

Europäische Kommission legt Pläne zur Reform des Urheberrechts von Online-Inhalten vor

Am 9. Dezember 2015 hat die Europäische Kommission einen *Vorschlag für die Gewährleistung der grenzüberschreitenden Portabilität von Online-Inhalten am EU-Binnenmarkt* vorgelegt, der vor dem Hintergrund der von der Kommission 2016 prioritär angestrebten Vollendung des Digitalen Binnenmarktes im Wesentlichen in vier Hauptbereichen Verbesserungen anstrebt:

- Online-Inhalte sollen besser als bisher EU-weit verfügbar sein
- Ausnahmeregelungen für gesellschaftlich wichtige Bereiche (Bildung, Integration) - darunter fällt auch das umstrittene Thema zum Urheberrechtsschutz von Panorama-Ansichten
- eine einheitliche Regelung von Online-Urheberrechtstantiemen für anderweitig bereits geschützte Werke aus Kunst und Kreativwirtschaft
- einen gemeinsamen Ansatz in der Bekämpfung von Urheberrechtspiraterie bei Online-Inhalten

Derzeit liegt die wirksame und einheitliche Anwendung des Urheberrechts in der EU in der Hand der nationalen Gesetzgeber und Gerichte. Die Kommission regt jedoch an, nicht zuletzt mit Blick auf die Vollen- dung eines Digitalen EU-Binnenmarktes, das Urheberrecht EU-weit anzugleichen, z.B. durch die Schaffung eines einheitlichen EU-weiten Urheberrechtstitels.

Vorschläge und Anregungen zur Einführung eines solchen EU-weiten Urheberrechtstitels können noch bis 1. April 2016 im Zuge einer *EU-weiten Konsultation zum Modernisierungsbedarf des Urheberrechts* bei der Kommission eingereicht werden.

Die von der Kommission vorgeschlagene Verordnung wird in den kommenden Monaten im Rahmen des ordentlichen EU-Gesetzgebungsverfahrens von EU-Parlament und Rat der Europäischen Union gemeinsam beraten und beschlossen. Es handelt sich dabei um die ersten Legislativvorschläge, die im Zuge der Strategie für den digitalen Binnenmarkt unterbreitet werden.

Insgesamt hat die Kommission für heuer 16 Gesetzesinitiativen in diesem Bereich angekündigt.

Direktlink zum Vorschlag der Kommission:

<http://ec.europa.eu/transparency/regdoc/rep/1/2015/DE/1-2015-627-DE-F1-1.PDF>

Weiterführende Informationen:

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-15-6261_de.htm

Direktlink zur aktuellen Konsultation zum Modernisierungsbedarf des Urheberrechts:

http://ec.europa.eu/growth/tools-databases/newsroom/cf/itemdetail.cfm?item_id=8580

(Die Einreichfrist endet am 1. April 2016.)

UN-Klimakonferenz beschließt verbindliche Ziele - Salzburg in Vorreiterposition

Bei der Verabschiedung einer neuen, rechtlich verbindlichen Klimavereinbarung durch 195 Staaten im Rahmen der 21. UN-Klimakonferenz (Conference of the Parties, COP 21) in Paris am 12. Dezember 2015 hat die Europäische Union eine führende Rolle gespielt. Das anspruchsvolle, ausgewogene Übereinkommen ist der erste wichtige multilaterale Vertrag des 21. Jahrhunderts. Es umfasst einen globalen Aktionsplan, mit dem es der Welt gelingen soll, einen gefährlichen Klimawandel zu vermeiden, indem die Erderwärmung auf deutlich weniger als 2 °C begrenzt wird.

Der Einigung vorausgegangen waren jahrelange Bemühungen der internationalen Gemeinschaft um den Abschluss eines allgemeingültigen und multilateralen Übereinkommens über den Klimawandel. Nachdem das Kyoto-Protokoll im Dezember 2012 endete und 2009 in Kopenhagen zunächst keine Einigung erzielt werden konnte, hat die EU jetzt ein breites Bündnis von Industrie- und Entwicklungsländern mit ehrgeizigen Zielen zusammengeführt, das dem erfolgreichen Ausgang der Pariser Konferenz im Dezember 2015 Gestalt gegeben hat.

Das nun erzielte Klimaübereinkommen von Paris sendet ein deutliches Signal an Entscheidungsträgerinnen und -träger in Wirtschaft und Politik, dass der weltweite Übergang zu so genannten sauberen Energieträgern verbindlich gilt und andere Ressourcen als umweltschädliche fossile Brennstoffe erschlossen werden müssen.

Um die gemeinsamen Klimaziele zu erreichen, haben 195 Regierungen vereinbart, im 5-Jahres-Rhythmus gemeinsam die Klimaziele zu prüfen und, wenn sich dies nach wissenschaftlichen Erkenntnissen als erforderlich erweist, diese Ziele auch nach oben anzupassen. Weiters ist vorgesehen, dass die Regierungen sich gegenseitig informieren und der Öffentlichkeit transparent über den Stand der Fortschritte bei der Umsetzung der gemeinsam vereinbarten Klimaziele berichten.

Auf diesem Weg sollen die Risiken und Auswirkungen des Klimawandels signifikant reduziert werden. Das Abkommen sieht eine baldigst mögliche Kulmination der globalen Emissionen vor, wobei Verständnis dafür gezeigt wird, dass Entwicklungsländer dafür

länger Zeit benötigen werden. Die EU und andere entwickelte Staaten werden ihre gemeinsamen klimapolitischen Anstrengungen, jährlich 100 Mrd. USD in die Reduktion von Emissionen zu investieren, bis 2025 fortführen; dann wird eine neue kollektive Zielvorgabe vereinbart werden. Sich entwickelnde Länder werden darin bestärkt, solche Bemühungen auf freiwilliger Basis zu beginnen oder zu intensivieren, wobei sie von der internationalen Gemeinschaft unterstützt werden. Das COP21 tritt 2020 in Kraft.

Die Umsetzung der globalen bzw. EU-Vorgaben erfolgt in den EU-Mitgliedstaaten und ihren Regionen. So ist Österreich, das schon seit dem Kyoto-Protokoll gemäß der EU-internen Lastenaufteilung ein Emissionsreduktionsziel von 13% gegenüber 1990 verfolgt, in seiner Klimaschutzpolitik im internationalen Vergleich gut aufgestellt. Gemeinsam mit der EU geht Österreich bereits heute einen Schritt weiter und verfolgt gemäß dem Klima- und Energiepaket der Europäischen Union in der Periode 2013-2020 eine Emissionsreduktion für die Sektoren außerhalb des Emissionshandels von 16% gegenüber 2005. Das Land Salzburg hat sich mit seiner Klima- und Energiestrategie **SALZBURG 2050** über die gesetzlichen Verpflichtungen bereits vor der Einigung in Paris weitreichende Klimaschutzziele gesetzt, mit denen der Ausstoß an Treibhausgasen bis 2020 um 30% reduziert werden und der Anteil von erneuerbarer Energie auf 50% angehoben werden soll. Diese Anstrengungen sollen in den Folgejahren bis 2050 soweit intensiviert werden, dass Salzburgs Energiemix 2050 klimaneutral, energieautonom und nachhaltig sein wird.

Auf Gemeindeebene hat der *Konvent der Bürgermeister* für die teilnehmenden EU-Gemeinden ebenfalls gemeinsame Klimaziele formuliert, darunter die Reduktion von CO₂-Emissionen um mindestens 40% bis 2030 und die Integration von Maßnahmen zur Abfederung der Folgen des Klimawandels.

Weiterführende Informationen:

http://ec.europa.eu/clima/index_de.htm

und

<http://www.salzburg.gv.at/themen/umwelt/klimaschutz.htm>

Neue EU-Plattform zur einfacheren Streitbeilegung bei Onlinekäufen

Mit 9. Jänner 2016 startete eine EU-weite Plattform, die es Konsumentinnen und Konsumenten sowie Händlerinnen und Händlern ermöglichen wird, in Streitfällen eine unabhängige Schiedsstelle unkompliziert einzuschalten. Die Plattform ist kostenlos, mehrsprachig und einfach auszufüllen, sodass Betroffene auch bei grenzüberschreitenden Einkäufen im Internet im Streitfall schnelle Hilfe bekommen. Im Gegensatz zu einer gerichtlichen Klärung ist diese Art der Streitbeilegung effizienter und für beide Seiten um ein vielfaches kostengünstiger.

So gaben 70 % der Befragten in einer aktuellen Umfrage der EU-Kommission an, mit dieser Form der alternativen Streitbeilegung zufrieden zu sein. Die Plattform der EU-Kommission zielt auf die Vollendung des

digitalen Binnenmarktes. Zunächst können sich alternative Schiedsstellen in ganz Europa mit der Plattform vertraut machen. Ab 15. Februar 2016 ist die Plattform für die breite Öffentlichkeit verfügbar.

Weiterführende Informationen:

http://ec.europa.eu/consumers/solving_consumer_disputes/non-judicial_redress/adr-odr/index_en.htm (nur auf Englisch verfügbar)

Direktlink zur Online-Schiedsstelle (Freischaltung ab 15. Februar 2016)

<http://ec.europa.eu/consumers/odr/>

60 Jahre Mitgliedschaft Österreichs im Europarat

Im Nachspann zu „60 Jahre Europafahne“ am 8. Dezember 2015 und im Vorfeld zu „60 Jahre Mitgliedschaft Österreichs im Europarat“ (16. April 1956 bis 16. April 2016) hat der Europarat gemeinsam mit der Ständigen Vertretung Österreichs beim Europarat ein Medieninformationspaket veröffentlicht, mit

- der *Austria-Wochenschau vom 16. April 1956*
- einem *Medienbegleitheft* für Schulen zum Thema „Österreich im Europarat“
- mit einem Direktlink zum *Beitrittsantrag Österreichs zum Europarat* vom 15. Dezember 2015

- und mit einer Übersichtsdarstellung der *Aktivitäten Österreichs im Europarat*.

Weiterführende Informationen:

<http://www.bmeia.gv.at/oev-strassburg/europarat/oesterreich-im-europarat/>

und

<https://www.youtube.com/watch?v=VIDEOS/Österreich-Europarat>

Einigung auf neue EU-Datenschutz-Grundverordnung stärkt Grundrecht auf Datenschutz

Seit 2012 feilten die Europäischen Institutionen an einer Datenschutzreform, um das Internet in Europa sicherer zu machen und den Datenschutz zu vereinheitlichen. Nun ist es soweit: Das Europäische Parlament und der Rat konnten eine Einigung über die Datenschutz-Grundverordnung sowie die Richtlinie für den Datenschutz treffen.

Die Datenschutzgrundverordnung wird den Bürgerinnen und Bürgern in Zukunft mehr Kontrolle über ihre personenbezogenen Daten ermöglichen. Zeitgleich soll durch einheitliche Regeln der Verwaltungsaufwand für Unternehmen verkleinert sowie das Vertrauen der Verbraucher gestärkt werden.

Die Richtlinie für den Datenschutz soll hingegen sicherstellen, dass die Daten von Opfern, Zeugen und Verdächtigen bei strafrechtlichen Ermittlungen ausreichend geschützt sind. Auch eine Harmonisierung der Rechtsvorschriften betreffend die grenzüberschreitende Zusammenarbeit von Polizei und Staatsanwaltschaft zur Bekämpfung von Kriminalität und Terrorismus in Europa wird von der Richtlinie getroffen.

Weiters wird das Grundrecht des Datenschutzes durch die Reform gestärkt. Insbesondere der Zugang zu eigenen Daten sowie die Datenübertragbarkeit werden vereinfacht. Als wichtig für Verbraucherinnen und Verbraucher erscheint weiters die Stärkung des sogenannten „Rechts auf Vergessenwerden“. Betroffene, deren Daten ohne legitime Gründe weiterverarbeitet werden, haben das Recht darauf im Internet vergessen bzw. gelöscht zu werden.

Formal muss die endgültige Fassung Anfang 2016 noch angenommen werden. Zwei Jahre später sind die neuen Vorschriften dann anwendbar. Durch grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten sollen die neuen Regeln zeitgerecht umgesetzt und die Verbraucherinnen und Verbraucher informiert werden. Hintergrund der Gesetzesnovelle ist der digitale Binnenmarkt, welcher der Datenflut in Zukunft einen rechtlichen Rahmen geben soll.

Der Salzburger Maximilian Schrems konnte zudem mit seiner Datenschutzklage (Gegenstand war die Verletzung Safe Harbour Regelung der EU) gegen den Internetkonzern facebook, für die er im März 2015 erfolgreich vor dem Europäischen Gerichtshof gefochten hatte (vgl. *Extrablatt Nr. 94*) Ende 2015 einen weiteren Erfolg am Oberlandesgericht Wien verzeichnen: Das OLG Wien hat die Zuständigkeit der Klage des Salzburgers gegen facebook wegen Datenschutzverletzungen in Wien bejaht. Betreffend die Zulässigkeit einer Sammelklage, die Schrems für mehrere User bestreben will, wird eine Entscheidung des Obersten Gerichtshofs im Frühjahr 2016 erwartet.

Weiterführende Informationen zur neuen Datenschutz-VO:

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-15-6321_de.htm

und

http://ec.europa.eu/justice/data-protection/reform/index_de.htm

Impressum

Land Salzburg, Büro Brüssel,
Rue Frédéric Pelletier 107, B-1030 Brüssel,
T: +32 2 74 30 760, F: +32 2 74 30 761, F intern: 3306,
E: bruessel@salzburg.gv.at
www.salzburg.gv.at/themen/europa/landes-europabuero_verbindungsbuero.htm

Redaktionelle Leitung: Michaela Petz-Michez
Redaktion: Maren Kuschnerus und Maximilian Flesch
Layout: Land Salzburg, Grafik, 5020 Salzburg
Redaktionsschluss: 18. Jänner 2016
Offenlegung gem. Mediengesetz § 25
Medieninhaber: Land Salzburg (100%)
Blattlinie: Informationen aus den Institutionen der EU, insbesondere mit Salzburg-Bezug.